

Miszellen

Das Sozialistengesetz im Briefwechsel von August und Julie Bebel

Heidi Beutin*

Die Sozialistenverfolgung in Deutschland von 1878 bis 1890 war ein Ereignis von kaum abzuschätzender Wirkung auf die gesamte Innenpolitik des 2. Deutschen Kaiserreichs (1871-1918). Zu den aus dem Sozialistengesetz resultierenden Maßnahmen gehörte nicht als die geringste die Unterdrückung fast der gesamten sozialdemokratischen Presse, der sozialdemokratischen Broschüren- und Buchproduktion sowie das Verbot von Flugblättern. Über die furchtbare Verwüstung der sozialdemokratischen Zeitungs- und Verlagslandschaft äußerte sich August Bebel in seiner Autobiographie: „Binnen wenigen Tagen war die gesamte Parteipresse“ mit zwei Ausnahmen „unterdrückt“. „Das Trümmerfeld des Zerstorten wurde erweitert durch die Verbote der nicht periodisch erscheinenden Literatur.“¹

Wer bei der Untersuchung dieser Vorgänge den damals noch nicht zirkulierenden Begriff „Medienpolitik“ benutzt, wird vor allem zu bedenken haben, daß in der Ära, die nun Einundeinvierteljahrhundert zurückliegt, das Spektrum der Medien keineswegs so komplex entwickelt war wie in der Gegenwart. In der politischen Öffentlichkeit stand außer der mündlichen Rede sowie dem Lied (insbesondere dem Kampflied) nichts als das *gedruckte* Wort zur Verfügung, oder wiederum mit einem modernen Begriff: „die Printmedien“. Das hieß damals: periodische und nicht-periodische Druckschriften, darunter das Flugblatt, die Flugschrift. Alle übrigen, also die heutzutage als „elektronische“ oder „audiovisuelle Medien“ bezeichneten Kommunikationsmittel fehlten, vom Radio über Schallplatte, CD, Fernsehen, Video bis hin zum Internet.

In dem Gesamtableau, das hiermit angedeutet ist, klafft allerdings eine Lücke, wenn man sich nicht darauf besinnt, daß, angesiedelt im Zwischenbereich zwischen der mündlichen Rede, der politischen ebenso wie der privaten im Alltag, sowie dem Druck noch *die handschriftliche Wiedergabe* existierte. In früheren Jahrhunderten kam dieser eine wesentlich größere Bedeutung zu als in der Gegenwart, so daß der Bereich der *Schriftlichkeit* in zwei etwa gleich relevante Sektoren zerfiel: den der gedruckten Mitteilung und den der handschriftlichen.

* Beitrag auf der Konferenz der „Hellen Panke zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur e.V.“ am 18. Oktober 2003 in Berlin anlässlich des 125. Jahrestages des Sozialistengesetzes. Gek. abgedr. in: „Presse und Publizistik unterm Sozialistengesetz. 1878-1890“, Teil 2 (Pankower Vorträge, H. 60), Berlin 2004, S. 35-42.

1 August Bebel: Aus meinem Leben, Berlin 1964, S.623f.

Unter den handschriftlichen Mitteilungen fällt sicher dem *Brief* eine hervorragende Rolle zu.² Das war nicht anders in der Kommunikation zwischen den Sozialdemokraten unter dem Sozialistengesetz, zwischen den Parteiführern und den einfachen Mitgliedern, zwischen den besonders gefährdeten Männern und ihren Frauen sowie zwischen Frauen. Wissenschaftliche Nachschlagewerke halten die Auskunft bereit, daß unter den Briefen zu unterscheiden wären (1.) der eigentliche private Brief sowie (2.) der offizielle (Mitteilungen oder Anweisungen usw. enthaltende, soweit diese der dokumentierenden Schriftform bedürfen). Die Briefform kann sich auch verselbständigen, als Essay, zur Einkleidung von Satiren und Polemiken, überhaupt als literarische Kunstform (u.a. Briefroman). Bis in die Gegenwart hinein edieren Wissenschaftler Briefe, Briefwechsel, Briefsammlungen, unter der Bedingung, daß die Verfasser literarisch, politisch oder wissenschaftlich bedeutende Persönlichkeiten waren.³ Wer versucht, über die während des Sozialistengesetzes verfaßten Briefe von Sozialdemokraten und ihres Umkreises (besonders ihrer Familien) eine auch nur cursorische Übersicht zu erlangen, wird erstaunen, welche Fülle brieflicher Zeugnisse von sozialdemokratischen Schreibern in diesem Zeitraum entstand.⁴ Darunter sind sowohl offizielle Schreiben (Mitteilungen, Anweisungen) als auch private. Unter den privaten Korrespondenzen stellen die Briefe, die Dokumente „einer Ehe“ sind, ein besonderes Studiengebiet dar: so von Wilhelm Liebknecht, seiner ersten Frau Ernestine und seiner zweiten, Natalie, sowie der Briefwechsel August und Julie Bebel.

Die Korrespondenz der Letztgenannten allein aus den Jahren des Sozialistengesetzes, eingerechnet die sehr umsichtige Kommentierung durch die Herausgeberin Ursula Herrmann, hat den Umfang von knapp fünfhundert Seiten.⁵ Der von ihr gewählte Titel „Briefe einer Ehe“ könnte auf den ersten Blick dazu verleiten, in der Sammlung mehr oder minder intime Dokumente aus dem Privatleben zu vermuten. Bei genauerer Kenntnisnahme zeigt sich aber, wie anders nicht zu erwarten, daß zwischen der privaten Sphäre und der öffentlichen keine klare Grenze zu ziehen ist. Das Private nimmt nicht den gesamten Raum ein, sondern muß ihn sich mit offiziellen Themen teilen. Sogar direkte Anweisungen gibt es in den Briefen August Bebel, beispielsweise wenn er während seiner Abwesenheit, etwa in den Haftzeiten 1882/83 und 1886/87, durch Julie „Parteigeschäfte“ (ihr Ausdruck) besorgen lassen

2 Neben anderen handschriftlich verfaßten Texten: der Urkunde, dem Gesetzestext, dem Vertrag, dem Rezept, der Rechnung usw. Es ist daran zu erinnern, daß die *Vorlagen* für Druckwerke aller Art „Manuskripte“ waren, ursprünglich in handschriftlicher Form existierende Ausarbeitungen.

3 Zu diesen Ausführungen siehe den Artikel „Brief“, in: Günther und Irmgard Schweikle Metzler (Hrsg.): *Literatur Lexikon. Stichwörter zur Weltliteratur*, Stuttgart 1984, S.59f.

4 Vorhanden und im Druck vorgelegt sind inzwischen besonders die Briefe der bekannten Theoretiker und sozialdemokratischen Parteiführer (Marx, Engels, Liebknecht, Bebel, Rosa Luxemburg usw.). Zur großen Anzahl der Briefe allein Bebel siehe den Anmerkungsapparat der Einleitung von Ursula Herrmann in: Dies. (Hrsg.): *August und Julie Bebel, Briefe einer Ehe*, Bonn 1997, S 22-24, Anm. Nr. 1 und 19.

5 Es sind die Briefe Nr. 13-158, d.h. in der Summe 146 Dokumente.

muß, vor allem die Geldübermittlung. Das war sonst seine Aufgabe, da er unter dem Sozialistengesetz als „Finanzminister“ (sein Ausdruck) der Partei amtierte.

Die Herausgeberin wies darauf hin, daß der Briefwechsel August und Julie Bebels sich „mit ganz eigenem Reiz in den bisher publizierten Briefwechsel August Bebels“ einreihe. „Er zeigt, ob und wie der Verfechter der Gleichberechtigung der Frau, der Verfasser des viel gelesenen Buches ‚Die Frau und der Sozialismus‘, nach den von ihm verkündeten Prinzipien lebte. Vor allem tritt Julie aus ihrem Schattendasein hervor.“⁶ Im übrigen läßt er sich aus vielerlei Perspektiven lesen.

Unter diesen sind die alltags- und die mentalitätsgeschichtliche nicht zu vernachlässigen.⁷ Als Gegenstand der Alltags- und Mentalitätsgeschichte erweist der Briefwechsel August und Julie Bebels seinen Wert als eminent ergiebige Quelle. Man gewinnt daraus ein recht farbiges Bild vom Leben der Arbeiter und Arbeiterinnen sowie ihrer Sprecher und deren Frauen unter den Bedingungen des Ausnahmezustands. Die alltags- und mentalitätsgeschichtliche Forschung stellt eine Auswahl von Kategorien bereit, die es ermöglichen, eine komplexe Innenansicht der Menschen zu entwerfen, die unter dem Sozialistengesetz litten, sich opferten, sich wehrten und kämpften, eine Sicht, wodurch die Menschen der damaligen Ära den Menschen der Gegenwart zweifellos bedeutend näher sind.

Hingegen ergibt die politisch-historische, auch spezifisch parteigeschichtliche Analyse sozusagen die Außensicht der Vorkommnisse und ihrer Protagonisten, eine Analyse, die in eine Gesamtdarstellung der Geschichte des Sozialistengesetzes münden müßte. Bebel und seine Frau äußerten sich in ihren Briefen aus der Zeit des Sozialistengesetzes natürlich fortgesetzt über dessen Folgen für die Partei und für das „private“ Leben der Sozialdemokraten und ihrer Frauen. Besonders August Bebel aber gab auch Fingerzeige für die umfassende Bewertung des Sozialistengesetzes auf der Folie der Politik Bismarcks, sogar der Gesamtpolitik des deutschen Kaiserreichs in der historischen Periode vom Nachmärz bis ans Jahrhundertende. Dabei sollte man sich vergegenwärtigen, daß die Briefe Julie und August Bebels vertraulichen Charakter besaßen und nicht zur Veröffentlichung bestimmt waren. Gewiß dachten die Verfasser nicht an eine spätere Edition. Dennoch kann es aus heutiger Sicht, nachdem das 20. Jahrhundert viele Beispiele dafür geliefert hat, wie erfolgreich die staatliche Technik der Überwachung der Korrespondenz von als „gefährlich“ eingestuften Oppositionellen arbeitet, als erstaunlich gelten, was alles die Zensur im Deutschland der Kaiserzeit passierte, vor allem auch, welche Ausführungen in der Häftlingspost.

6 In der Einleitung, Herrmann, Briefe, S.22.

7 Siehe Heidi Beutin: „Noch heute steigt mir das Blut zu Kopfe, gedenke ich jener Zeiten.“ - Alltag und Mentalität unter den Bedingungen eines Ausnahmegesetzes: Julie und August Bebel in ihrem Briefwechsel, in: Protokollband der Konferenz zum 125. Jahrestag des Sozialistengesetzes in Kiel vom 28. bis zum 30. November 2003 (erscheint im Lang Verlag Frankfurt/Main 2004). - In dieser Abhandlung befasse ich mich mit beiden Korrespondenzpartnern, während meine hier vorliegenden Ausführungen so gut wie ausschließlich politische Stellungnahmen August Bebels betreffen (das ist: die „Außensicht“).

Hier ist es nicht möglich, die Summe der eindringlichen politischen Überlegungen Bebels im Briefwechsel mit seiner Frau zu ziehen. Daher möchte ich mir erlauben, lediglich eine kleine Handvoll davon herauszuheben und zu glossieren.

Einer ausführlichen Analyse unterzog Bebel Bismarcks gesamte Politik - man könnte sagen: des Reichskanzlers gesamtes politisches System - in seinem Brief vom 17. Januar 1887 aus dem Landesgefängnis Zwickau.⁸ Zunächst erteilt er Julie strikte Anweisungen für den Fall von Haussuchungen, z.B. wie folgt: „Briefe oder was sie sonst mitzunehmen Neigung haben, willst Du unter keinen Umständen die Beamten lesen lassen. Du berufst Dich hierbei auf die Strafprozeßordnung ...“. Im folgenden leitet er die umfassende Analyse, die weite Teile des Briefs dominiert, mit dem Nebensatz ein: „Was nun die allgemeine Situation betrifft, in die wir im Handumdrehen geraten sind ...“. Bebel führt aus, es könne nicht anders sein, als daß Bismarck vom Reichstag „seine Forderungen bewilligt erhält“, weil es im Parlament keine ihm „prinzipiell feindliche Majorität“ gibt, „da die *einzig*e, die möglich wäre, die sozialdemokratische, im *gewöhnlichen* Lauf der Dinge bis 1890 *unmöglich* ist, und bei *ungewöhnlichem* Verlauf handelte es sich um ganz andere Dinge als die Lumperei eines drei- oder siebenjährigen Armeebestandes.“

Dann kommt er zum Kern seiner Aussage: „Was die Opposition, richtiger, Freund und Feind bereits fühlen, ist, daß es sich um einen viel wichtigeren Zweck handelt. B(ismarck) will neben den militärischen Forderungen seine Steuerprojekte durchsetzen können, und dann soll eine Revision der Verfassung, des Wahlrechtes, Verschärfung des Strafgesetzes und des Sozialistengesetzes vorgenommen werden und sonst noch allerlei: Das sind die *wahren* Pläne und Zielpunkte.“ So also 1887.

Wie Bebel in seiner Autobiographie aufzeigte, waren die tiefer Blickenden unter den Zeitgenossen bereits bei der Ausfertigung des Ausnahmegesetzes im Jahre 1878 der Meinung, daß hinter Bismarcks Vorgehen gegen die Arbeiterbewegung „andere Pläne“ (mit) im Spiele waren. Bebel führte aus: „Den Nationalliberalen war bei diesen ganzen Vorgängen nicht wohl zumute; sie fühlten instinktiv, daß Bismarck noch andere Pläne im Hintergrund habe, die sich gegen sie selbst richteten.“ Anschließend kam er darauf zu sprechen, daß Bismarck bei dem zweiten Attentat auf Kaiser Wilhelm I. (1878), das ein gewisser Nobiling ausführte, frohlockte: „Jetzt habe ich die Kerle - die Nationalliberalen -, jetzt drücke ich sie an die Wand, daß sie quietschen“.⁹ Ob Bismarck die Äußerung in diesen Worten formulierte, ob anders - es sind Belege vorhanden, daß sie dem Sinne nach gefallen ist. Johannes Ziekursch verweist auf ein Gespräch, das bereits im Anschluß an das erste Attentat, begangen durch Hödel, stattgefunden haben muß: „Als Bismarck die Nachricht von dem Mordanschlag erhielt, schlug er auf den Tisch und rief aus: ‚Jetzt haben wir sie!‘ ‚Die Sozialdemokraten, Durchlaucht?‘, fragte einer aus Bismarcks Umgebung. ‚Nein, die Liberalen,‘ erwiderte er.“¹⁰ Bismarck selbst nannte das Sozialistengesetz im Brief-

8 Herrmann, Briefe, S.323-326 (im Text ohne Einzelnachweis der Seitenzahlen).

9 Bebel, Leben, S.590, 594.

10 Politische Geschichte des neuen Deutschen Kaiserreichs, 2. Bd.: Das Zeitalter Bismarcks (1871-1890), Frankfurt/M. 1927, S.322f.

wechsel mit König Ludwig II. von Bayern eine Maßnahme der „Notwehr“ und zählte darin als weitgreifende Ziele seiner Politik auf: die „Sprengung“ der liberalen Fraktion sowie - im selben Satz! - „die Reform der wirtschaftlichen Interessen“. Die letztgenannte bestand in seiner Hinwendung zur Schutzzollpolitik, oder umgekehrt: in seiner Abwendung von der „Freihandelspolitik“.¹¹

Die Verfasser der „Illustrierten Geschichte“ unter dem Titel: „Das Sozialistengesetz, 1878-1890“ urteilten: „Das Sozialistengesetz war nicht nur das Schlüsselglied einer verstärkten Reaktion im Innern, sondern Bestandteil einer Konzeption, die ein konservatives Staats- und Gesellschaftssystem in ganz Europa anstrebte.“ Bismarck plante „die politische Vorherrschaft des Junkertums, die zentrale Machtstellung der Hohenzollerndynastie, seine eigene bonapartistische Diktatur gegen die sozialen und ökonomischen Verschiebungen abzusichern, die durch die kapitalistische Entwicklung bewirkt wurden“. Die Zerschlagung der Sozialdemokratie sollte der Entmachtung des Reichstags, des Parlaments, präludieren. In seinem intriganten Machtpoker fiel das Hauptaugenmerk des Kanzlers daher auf den Reichstag: „Angelpunkt aber war und blieb die Position des Parlaments im bestehenden Herrschaftssystem. In einer Art Eskalationsprogramm unterhalb der Grenze des offenen Staatsstreiches suchte Bismarck die Positionen des Reichstages systematisch zu untergraben.“¹² Mit dem Sozialistengesetz hat man somit einen Bestandteil der größeren innenpolitischen Konzeption Bismarcks vor sich, die auf die Eliminierung der ohnehin wenig effizienten Elemente von Demokratie in Preußen-Deutschland zielte. Obleich in seiner Zwickauer Gefängniszelle 1887 von der Mitwirkung am politischen Tagesgeschehen ausgeschlossen, umriß Bebel in seinem Brief doch die politische Gesamtkonzeption Bismarcks prägnant, neben der innen- auch die außenpolitische, in ihrem Kern.

In heutiger Zeit, vier Generationen später, zwei Generationen nach der Epoche der vom Deutschen Reich ausgelösten Weltkriege des 20. Jahrhunderts, berührt es fast unheimlich, wie klarsichtig Bebel in demselben Brief das Zeitalter des herbeizuführenden Kriegs in seiner Entstehung beobachtete: „... eines Krieges, der unzweifelhaft, wenn auch dieses Jahr wahrscheinlich nicht, aber dann mit einer Furchtbarkeit, wie noch *keiner* da war, kommt. Die Rüstungen werden mit fieberhafter Eile in ganz Europa auf die Spitze getrieben. Ist man aber fix und fertig, so kann man, das hat ja der alte Moltke selbst zugegeben, sich nicht bis an die Zähne bewaffnet auf die Dauer gegenüberstehen. Da geht irgendwo ganz unversehens eine Flinte los, und die mit Elektrizität über und über geschwängerte Luft kommt zur Explosion.“ Er irrte sich zwar in der zeitlichen Berechnung um etwa dreißig Jahre: „... daß die Ende der Achtziger nicht vorübergehen werden, ohne den Weltbrand zu entzünden“, aber die der europäischen Gesamtentwicklung innewohnende Tendenz zum „Weltbrand“ erkannte er völlig richtig. Seine Erkenntnis deckt sich in der Sache mit der berühmten Weltkriegs-Vorhersage von Friedrich Engels aus demselben Jahr

11 Gedanken und Erinnerungen, München 1952, S.289, 292, 437.

12 Horst Bartel/Wolfgang Schröder/Gustav Seeber: Das Sozialistengesetz, 1878-1890. Illustrierte Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse gegen das Ausnahmegesetz, Berlin 1980, S.111f.

(datiert: 15. Dezember 1887): „Und endlich ist kein anderer Krieg für Preußen-Deutschland mehr möglich als ein Weltkrieg, und zwar ein Weltkrieg von einer bisher nie geahnten Ausdehnung und Heftigkeit.“¹³

Ein reichliches Jahr später (am 6. Februar 1888) hielt Bismarck im Reichstag eine seiner berühmtesten Reden, die in dem danach in Deutschland unzählig oft zitierten Satz gipfelte - der von Frauen und Mädchen sogar auf Sofakissen und Pantoffeln gestickt wurde -: „Wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt“. Es ist kaum zu leugnen, daß zumindest diese Rede des Reichskanzlers von allerlei Übeln strotzt, von einem nationalen Hochmut und militaristischer Verblendung, von falschen Einschätzungen und äußerst fragwürdigen Ratschlägen.

Zu Babels grundlegenden Einsichten in seinem Briefwechsel mit Julie zählen neben den auf die politische Gesamtkonzeption Bismarcks bezogenen einige sozialpsychologische. Die Parteien der Großbourgeoisie, aber auch des Kleinbürgertums zogen den Abscheu der Sozialdemokratie auf sich, weil sie in ihrem Kadavergehorsam Bismarck gegenüber immer wieder dafür sorgten, daß diesem die Verlängerung des Ausnahmegesetzes im Reichstag bewilligt wurde. So u.a. erklärt sich Babels Aversion gegen die erstgenannte. Im Brief vom 13. Januar 1887, ebenfalls aus der Zwickauer Landesgefängenenanstalt, schreibt er: „Ein Minister, der in Frankreich oder England dem Parlament zumutete, was dem Reichstag zugemutet wird, müßte unter dem Sturm der Entrüstung *aller* Parteien augenblicklich seine Stelle räumen. Nur in Deutschland ist das anders, weil der deutsche Großbürger, und der hat heute das Heft in der Hand, ein feiges, charakterloses Subjekt ist. Bei uns hat das politische Eunuchentum Oberwasser, und da verdenke ich's einem Minister nicht, wenn er mit diesen Leuten nach Belieben umspringt. Ich hoffe, daß, wenn L(ie)b(knecht) zum Wort gekommen ist, er nicht nur mit B(ismarck) sein Hühnchen rupft, sondern namentlich auch mit den andren Parteien. Ohne deren jammervolle Haltung seit 20 Jahren wären all diese Zumutungen nicht möglich.“¹⁴ Dies ist eine vernichtende Charakteristik der *deutschen* Großbourgeoisie, wie sie ähnlich knapp vier Jahrzehnte zuvor der Dichter Heinrich Heine in bezug auf die *französische* gegeben hatte. In seiner Schrift „Lutetia“ findet sich unter dem Datum des 12. November 1840 der folgende Passus: „Solange die Bourgeoisie am Ruder steht, droht der jetzigen Dynastie keine Gefahr. Wie soll es aber gehen, wenn Stürme aufsteigen, wo stärkere Fäuste zum Ruder greifen und die Hände der Bourgeoisie, die mehr geeignet zum Geldzählen und Buchführen, sich ängstlich zurückziehen? Die Bourgeoisie wird noch weit weniger Widerstand leisten als die ehemalige Aristokratie; denn selbst in ihrer kläglichsten Schwäche, in ihrer Erschlaffung durch Sittenlosigkeit, in ihrer Entartung durch Kurtisanerie war die alte Noblesse doch noch beseelt von einem gewissen Point d'honneur, das unsrer Bourgeoisie fehlt, die durch den Geist der

13 Engels fährt fort, er werde 8-10 Mill. Soldaten das Leben kosten, Europa verwüsten, drei bis vier Jahre dauern und dazu führen, „daß die Kronen zu Dutzenden über das Straßenpflaster rollen ...“ (MEW, Bd. 21, S.350f.)

14 Herrmann, Briefe, S.315.

Industrie emporblüht, aber auch untergehen wird.¹⁵ Die Prophezeiung, gleich dem Adel werde auch das Großbürgertum, die von diesem repräsentierte Bürgergesellschaft in historischer Zeit untergehen, findet sich bei fast allen sozialistischen Autoren des 19. Jahrhunderts wieder. Auch Bebel reproduzierte sie in dem zuletzt zitierten Brief. Er reflektierte anlässlich des Todes eines von ihm sehr geschätzten liberalen Abgeordneten, daß die Freisinnigen „nacheinander ihre besten Leute“ verlieren - „das Bild der bürgerlichen Gesellschaft, die auch in der Abwirtschaffung begriffen ist und ihrem Untergang entgegensteht.“¹⁶

Aus heutiger Sicht weiß man, wie sehr hier der Wunsch der Vater der Prophezeiung war und wie wenig die Bürgergesellschaft sich beeilte und beeilt, unterzugehen. Deutlich ist, daß einige andere Autoren des Zeitalters die besseren Propheten waren - obgleich nicht der Inhalt ihrer Prophezeiungen schon der bessere. Sie sagten der Großbourgeoisie eine immense künftige Machtstellung auf dem ganzen Planeten voraus. So der Schriftsteller Willibald Alexis. Bezeichnenderweise durch den Mund eines arglistigen Verbrechers ließ er dem Großbürgertum in einem Roman von 1852 ankündigen: „... Ihnen, den großen Kaufleuten, Fabrikanten blüht die künftige Weltherrschaft entgegen. ... Sie haben die Sprache, die alle Welt versteht, das Geld. ... so prophezeie ich Ihnen, Sie, die Herren von der Industrie, werden bald die wahre, reelle, effektive Universalmonarchie in Händen haben, wie die großen Handelsherren in dem kleinen Venedig ehemals, wie im großen England und im noch größeren Amerika jetzt schon und in Zukunft noch mehr.“¹⁷

Heutige Leser werden keine lange Überlegung benötigen, um zu ermitteln, welche von den zwei konträren Aussagen ins Schwarze traf und welche nicht. Es muß nur daran erinnert werden, daß der Terminus „Universalmonarchie“, der vielleicht in der Gegenwart harmlos klingt, von Kant in seiner Schrift „Zum ewigen Frieden“ (1795) als die menschenfeindlichste unter den Möglichkeiten der Weltordnung angeprangert worden war. Er sah in ihr die alles erstickende Diktatur einer großen Macht über sämtliche anderen und alle Erdbewohner.

Eine weitere sozialpsychologische Reflexion Bebels aus Zwickau vom Juni 1887 betrifft den *Servilismus* der Bevölkerung Deutschlands. Frieda Bebel, die Tochter, wollte in Plauen bei Dresden, heute einem Stadtteil davon, wohin die Bebels verzogen waren, an den sportlichen Übungen im Turnverein teilnehmen. Jedoch erhielt die Familie ein Schreiben, daß man sie nicht aufnehmen könne - ihres Vaters wegen.¹⁸ Diesen Vorfall teilte Julie in ihrem Brief am 26. Juni mit: „... ein Plauener Produkt! Wir haben gelacht, wie wir es lasen, und hatte ich auch schon eine Antwort abgefaßt, aber es ist wohl besser, wenn wir es unterlassen.“ Daß selbst die Absage an Frieda als Klassenfrage zu bewerten ist, erkennt die Schreiberin sehr wohl. Sie

15 Heinrich Heine: Werke und Briefe, hrsg. von Hans Kaufmann, 6. Bd., Berlin 1962, S.355.

16 Herrmann, Briefe, S.316.

17 Zit. in: Wolfgang Beutin: Melpomenes Dolch und Klios noch schärferer Griffel. Die brandenburg-preußischen („vaterländischen“) Romane von Willibald Alexis, in: Ders./Peter Stein (Hrsg.): Willibald Alexis (1798 - 1871). Ein Autor des Vor- und Nachmärz, Bielefeld 2000, S.193.

18 Siehe Herausgeberin-Kommentar, in: Herrmann, Briefe, S.501.

bemerkt über das Schreiben: „Es geht natürlich nur von den frisch-fromm-fröhlich-freien Herren aus, denn die Damen, darunter Dienstmädchen in weißen Schürzen, würden wohl kaum gegen Friedas Aufnahme agitiert haben, sondern wollten sie durchaus den Abend, wo wir dort waren, dabehalten ...“.¹⁹ August Bebel antwortete zwei Tage später, am 28.6.: „Ihr habt sehr vernünftig gehandelt, über den Brief des Pl(auener) Turnvereins zu lachen; ist das eine traurige Gesellschaft. Aber das getreue Spiegelbild der Gesellschaft im ganzen Reich, überall Servilismus und Knechtsseligkeit. In Frankreich macht sich der Nationalhaß breit, bei uns die Hundegesinnung, beides Zeichen des moralischen Niedergangs eines Volks.“²⁰ Mit seiner Überlegung reihte Bebel sich in die Kontinuität einer sozialpsychologischen Debatte ein, die in Deutschland während einiger Jahrzehnte des 19. bis hinein ins 20. Jahrhundert geführt wurde und deren Thema lautete: der Servilismus der Deutschen. Um diese Kontinuität anzudeuten, beziehe ich mich auf zwei Autoren, die zu derselben Debatte wichtige Beiträge leisteten. Der schon genannte Schriftsteller und berühmte Verfasser historischer Romane Willibald Alexis läßt in einem davon, mit dem Titel „Isegrim“ (1854), eine seiner Figuren sagen: „Aber vergessen wir das nicht, *nicht der Despotismus, nur der Servilismus hat die Nationen gemordet*“.²¹ Das bedeutet: Geknechtet kann nur werden, wer aus Feigheit kriecht - eine These, die bereits im 16. Jahrhundert Etienne de la Boétie (1530-1563) in seinem „Discours sur la servitude volontaire“ vertrat. Über das Verhältnis der Untertanen zu ihrem Despoten heißt es bei Alexis weiter: „Erst wenn ihr Sinn so stumpf, ihre Haut so schwielig ward, daß sie die Schläge nicht mehr empfinden, wenn sie, niedergestreckt zu seinen Füßen, kein größeres Glück kennen, als diese Schläge auf Andre abgleiten zu lassen, wenn sie, aus heilloser Angst, zu Angebern werden und gar in diesem Gehorsam noch Tugend sehen, dann ist ein Volk verloren.“²²

Sechzig Jahre später, 1914, schloß Heinrich Mann seinen satirischen Roman „Der Untertan“ ab, der allerdings erst im Jahre der Niederlage des Deutschen Reichs im 1. Weltkrieg, 1918, im Druck erscheinen konnte. Es ist das komplexe Porträt des deutschen Untertanen, die tief eindringende Sozialpsychologie des deutschen industriellen Bürgertums, ohne das der zweifache Griff der Reichsleitung nach der Weltmacht niemals hätte stattfinden können. Mit Namensnennung und Bezeichnung eines Charakterzugs beginnt die Erzählung: „Diederich Heßling war ein weiches Kind ...“.²³ Wie es der Autor im Schlußabsatz anordnet, tritt derselbe, der Repräsentant des deutschen Untertans, ganz am Ende noch einmal leibhaftig ins

19 Ebenda, S.499.

20 Ebenda, S.503. - Nachdem die Sache in der Presse gegen den Willen Bebels publik gemacht worden war, dementierte der Vorsitzende des Vereins, es sei im Ablehnungsschreiben die Gesinnung von Friedas Vater nicht erwähnt worden, siehe Herausgeberin-Kommentar, in: Herrmann, Briefe, S.522. (Das Fehlen einer Erwähnung bedeutete natürlich nicht, daß die Gesinnung oder Gefängnishaft des Vaters nicht doch das Motiv gewesen war).

21 In dem Roman „Isegrim“, 3 Bde., Verlag Carl Barthol Berlin 1854 (Erstaufl.), hier: Bd. 2, S.330.

22 Ebenda.

23 Heinrich Mann: Der Untertan, Kurt Wolff Verlag Leipzig etc. 1918, S.5.

Bild - einer anderen Figur scheint es, als sei der *Leibhaftige* zu erblicken gewesen: der Teufel.²⁴

In seiner Ansprache gegen Schluß des Buches, als Diederich die Rede zur Denkmalseinweihung zu halten hat, entwirft er das „strahlende Bild echten deutschen Wesens“ und erklärt: „... die Seele deutschen Wesens ist die Verehrung der Macht, der überlieferten und von Gott geweihten Macht, gegen die man nichts machen kann.“²⁵

Daß dies unwahr ist, daß man die Macht nicht zu verehren braucht, daß man ihr im Gegenteil entschieden entgegentreten kann, vor allem wenn sie als Rechtsverletzlerin großen Stils agiert, bewies die deutsche Arbeiterbewegung in ihrem Kampf gegen das Sozialistengesetz der Jahre 1878-1890 in einer Weise, aus der man bis heute lernen kann. Ihr Ankämpfen spiegelt sich hervorragend in den „Briefen einer Ehe“, der Korrespondenz August und Julie Bebel. Bebel's Reflexionen über Bismarck's politische Gesamtkonzeption, über den Militarismus des Deutschen Reichs, über die sozialpsychologische Physiognomie des deutschen Großbürgers sowie über die deutsche „Knechtsseligkeit“ sind ebenso viele Verweise auf die Voraussetzungen, unter denen das Sozialistengesetz und die daraus sich ergebende Unterdrückungspolitik von den Herrschenden realisiert werden konnten. Es ist der Ruhm der damaligen Sozialdemokratie - als deren genauer Kontrast sich die deutsche Sozialdemokratie 125 Jahre später erweist -, daß sie sich primären Übeln ihrer Ära in Deutschland mit aller Kraft entgegenstimmte: der politischen Gesamtkonzeption Bismarck's, dem Militarismus des Kaiserreichs, der Industriebourgeoisie sowie dem Servilismus im Volke.

24 Siehe ebenda., S.512.

25 Ebenda, S.504.